



Tugend als Bollwerk der Freiheit

ROBERT NEF

Werte und Tugenden bleiben, Bedrohungen wandeln sich, und Sprache und Politik müssen immer wieder versuchen, den bleibenden Sinn auch unter veränderten Verhältnissen möglichst verständlich zu übermitteln.

Die Auseinandersetzung mit dem Wertewandel ist vor allem ein deutsches Phänomen, weil in keinem anderen Land Europas das jeweils vorherrschende Wertesystem im Lauf der jüngsten Geschichte so intensiven und grundlegenden Veränderungen unterworfen gewesen ist. Wer in jeder Generation den beinahe totalen Zusammenbruch der Wertesysteme erlebt, kommt notgedrungen zu einem Geschichts- und Menschenbild, in dem der Wandel den Ton angibt. In der angelsächsischen Welt ist dies anders. Die «Magna Charta Libertatum» von 1215 ist in England noch heute Verfassungsrecht, und vom amerikanischen Verfassungsrichter Wendell Holmes stammt der Satz: «Systems die, instincts remain.»

Wo manifestieren sich die Werte, die in der Politik eine Rolle spielen? Festgelegt werden die politisch bedeutsamen Werthierarchien in den Parteiprogrammen und Wahlmanifesten, und dort wird oft eher nach den im Wertewandel vorherrschenden Trends gefragt als nach den konstanten Tugenden. Im Pfarrhaus am Dorfplatz von Trogen steht unter dem Relief, das die Landsgemeindeversammlung darstellt: «La vertu est le boulevard de la liberté.» Die Tugend ist die Grundsäule (oder das Bollwerk) der Freiheit. Der vom Erbauer des Hauses, Landammann Jacob Zellweger-Wetter (1723 bis 1808), ausgewählte Wahlspruch unbekannter Herkunft weist darauf hin, dass die direkte Landsgemeinde-Demokratie auf die Dauer nur funktionieren kann, wenn Bürgertugenden verbreitet sind und vorgelebt werden.

Fördern, aber nicht über Zwang

In der im 18. Jahrhundert massgeblichen Tugendlehre war von sieben Tugenden die Rede. Vier stammen aus der antiken Philosophie, drei aus der christlichen Religion. Die drei christlichen Tugenden sind Glaube, Liebe und Hoffnung, die auf Deutsch vor allem individuell-moralisch verstanden werden, im Lateinischen aber auf das Verhalten in der Gemeinschaft Bezug nehmen. «Fides» heisst nicht nur Glaube, sondern auch Treue, und Treue ist tatsächlich ein Bollwerk der Zivilgesellschaft. Ohne «bona fides» funktioniert kein Privatrecht. «Caritas» kann auch nicht einfach mit Liebe übersetzt werden, denn unter Liebe versteht man heute primär «Amor» oder «Eros». Caritas ist die Zuwendung zum Mitmenschen, die auf der Achtung vor ihm beruht und Dankbarkeit einschliesst — ein stets knappes Gut.

Damit wird sie auch zu einem zentralen politischen Wert, obwohl die Politik selbst zu ihrer Vermehrung kaum etwas beitragen kann. Es braucht daher weder ein «Bundesamt für Caritas» noch einen entsprechenden Verfassungsartikel. Im Gegenteil: Caritas findet dann statt, wenn es danach noch einen Bedarf und eine Nachfrage gibt und wenn sie gerade nicht weitgehend an den Wohlfahrtsstaat delegiert wird. «Spes», die Tugend der Hoffnung, ist die Basis des Optimismus, und sie begründet das individuelle und gemeinsame Bestreben um eine bessere Zukunft, ein Ziel, das keineswegs unpolitisch ist.

Die drei christlichen Kardinaltugenden haben also durchaus eine politische Dimension. Sie gehören zum Bollwerk bürgerlicher Tugenden, aber sie dürfen nicht unreflektiert in politische Forderungen umgemünzt werden. Es gilt, sie zu verteidigen und zu stärken. Ihr Vorhandensein ist eine Voraussetzung eines funktionierenden Gemeinwesens. Doch dürfen sie nicht zum Inhalt einer erzwingbaren Ordnung werden.

Gerecht heisst nicht gleich

Auch die vier antiken Tugenden haben eine eminent politische Bedeutung. Die Klugheit, auf Lateinisch «Prudentia», bezieht Vorsicht und Nachsicht ein. Ohne diese Werte gibt es kein gedeihliches, menschliches Zusammenleben. Die Stärke, «Fortitudo», wird oft mit einem Turm symbolisiert und wird so zum Inbegriff der Standhaftigkeit und des Mutes; zwei Ressourcen, die in der Politik besonders rar sind. In der von Massenmedien gesteuerten Demokratie sind Flexibilität und Wendigkeit — mindestens kurzfristig — populärer. Der Glaube an die eigene Stärke ist heute besonders im liberalen Lager weitgehend verloren gegangen.

«Justitia», die Gerechtigkeit, ist die politische Tugend, die zu den meisten Missverständnissen Anlass gibt. Leider wird sie heute vorwiegend als Verteilungsgerechtigkeit gedeutet und nicht als Regelgerechtigkeit. Dadurch werden in der Politik unerfüllbare Erwartungen geweckt, die am Ursprung der Politikverdrossenheit liegen. Die Hoffnung, man könne in dieser Welt alle knappen Güter gerecht verteilen, hat etwas Naives, Infantiles. Es gehört zum Wesen jeder politischen, aber auch jeder familiären Erziehung, dass man der nächsten Generation erklärt, warum nicht alles gerecht ist, und weshalb man die Welt nicht primär nach den Vorstellungen von Gleichheit und Gerechtigkeit umgestalten kann. Schon die Verteilung der Gene ist ungerecht, und auch die materiellen Startvoraussetzungen sind ungleich.

Die so genannte Chancengleichheit ist ein politisches Versprechen, das nicht einmal durch totalitäre Vorschriften und Massnahmen eingelöst werden kann. Es ist für das Überleben einer Gemeinschaft entscheidend, dass sie mit der Tatsache der Ungleichheit friedlich und kreativ umzugehen lernt. Die Tugend der Gerechtigkeit darf nicht mit Gleichmacherei und mit zwangsweiser Umverteilung verwechselt werden. Wer in einem politischen Programm «mehr soziale Gerechtigkeit» verspricht, verstrickt sich im Teufelskreis unerfüllbarer Erwartungen, und wer «aus liberaler Sicht» damit kokettiert, wird früher oder später zum Opfer eines billigen Linkspopulismus. Gerechtigkeit ist eine Tugend, die, sobald sie verabsolutiert und nicht im Rahmen der anderen sechs Tugenden betrachtet wird, in einer Gesellschaft mehr Probleme schafft als löst.

Die siebte Tugend ist die «Temperantia», die Mässigung. Sie spielte in der antiken Philosophie eine wichtige Rolle. Sie sollte die Emotionen eindämmen und zum Masshalten in jeder Hinsicht aufrufen. Damit wird sie zu einem Wert, der nicht nur im politischen Umfeld, sondern auch in der Wirtschaft zunehmend knapp und damit auch zunehmend wertvoll ist. Fazit: Die erwähnten sieben klassischen Tugenden eignen sich als Basis eines sowohl zeitgemässen als auch attraktiven politischen Programms. Es gibt auch in der Politik keinen Grund, dieses moralische Bollwerk zu verlassen und einem fragwürdigen Wandel nachzurrennen.

Genügt das Festhalten an diesen Grundsätzen, braucht es nicht zusätzliche Tugenden? Möglicherweise hat man im Taumel des

Wertewandels in den Siebziger- und Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts den politischen Stellenwert der bürgerlichen und wirtschaftlichen Tugenden massiv unterschätzt — zum Schaden einer ganzen Generation. Man nannte sie «Sekundärtugenden» und hielt sie zum Teil sogar für spätbürgerliche Vorurteile, die es zu überwinden gelte.

An erster Stelle steht der Fleiss, den man noch vor zwei Generationen für die Basis jedes wirtschaftlichen Erfolgs hielt. Die ökonomische Wertschöpfung hat mit Fleiss sehr viel zu tun, und die Abwertung dieser Tugend war ein Rückschritt. Die zweite unterschätzte Sekundärtugend ist die Sparsamkeit mit dem Ziel der Selbstvorsorge und im Sinne der Bereitschaft, auf den sofortigen Konsum zu verzichten. Alle Anreize zum Sparen sollten in Zukunft verstärkt werden, und beim Staat sollte das Sparen als Weniger-Ausgeben einen noch höheren Stellenwert haben.

Der Sparsame ist der Dumme

Der biedere Grundsatz «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» taugt zwar kaum mehr als Werbeslogan im Bankgeschäft, und Lafontaines Fabel von der sparsamen Ameise und der sorglosen Grille steht nicht mehr in den Schullesebüchern. Man gewinnt sogar zunehmend den Eindruck, dass sich der Staat zum Anwalt der Grillen macht und sie letztlich auf Kosten der Ameisen versorgen will. Sparsamkeit wird so zu einer Tugend der Dummen, und dies ist nicht zum Nutzen der Gemeinschaft. Fleiss und Sparsamkeit sollten zusammen mit Disziplin als Dritter im Bunde der bürgerlichen Tugenden neu zum Tragen kommen; nicht durch staatliche Förderung, sondern indem sie sich lohnen. Auch diese drei Werte gehören zum Bollwerk einer funktionierenden und prosperierenden Gesellschaft, und sie wären von einer verantwortungsbewussten Pädagogik und Politik neu zu entdecken.

Um auch bei den so genannten Sekundärtugenden die Zahl sieben zu vervollständigen, seien ausser den drei wirtschaftlichen Tugenden Fleiss, Sparsamkeit und Disziplin vier weitere angeführt, die für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft wichtig sind. Es sind dies die Tugenden des guten Tons: Höflichkeit, Bescheidenheit, Hilfsbereitschaft und Lernbereitschaft. Diese Aufzählung mag reichlich bieder klingen und hat auf den ersten Blick pädagogisch und politisch keinerlei Sex appeal. Die Tugend der Hilfsbereitschaft wird heute in hohem Mass an den Sozialstaat delegiert, und die Fähigkeit, Notlagen im persönlichen Umfeld zu erkennen — es brauchen nicht immer materielle Nöte zu sein —, nimmt zum Teil rapid ab. Die «Das ist nicht mein Problem»-Gesellschaft breitet sich in den Agglomerationen kontinuierlich aus.

Kann die Politik Gegensteuer geben? Nein. Gefordert ist die Erziehung, nicht der gesetzliche Zwang. Fähigkeiten dieser Art sind lernbar, aber nur in einem Umfeld, das solche Werte schätzt und entsprechende Anreize bietet. Als siebte Sekundärtugend sei darum die Lernbereitschaft erwähnt, die ebenfalls zu fördern ist. Gemeint sind nicht einfach mehr öffentliche Mittel für mehr öffentliche Bildung, sondern Anreize, die zu mehr Eigeninvestitionen in dieses knappe Gut ermuntern.

Ein politisches Programm, das auf den erwähnten zweimal sieben Tugenden beruht, könnte tatsächlich zu einem neuen Bollwerk der Freiheit werden. Es müsste lediglich von der Sprache des 18. in die Sprache des 21. Jahrhunderts übersetzt werden, und dafür braucht es einen Wandel in der Ausdrucksweise. Werte und Tugenden bleiben, Bedrohungen wandeln sich, und Sprache und Politik müssen immer wieder versuchen, den bleibenden Sinn auch unter veränderten Verhältnissen möglichst verständlich zu übermitteln.

Publiziert in *Finanz und Wirtschaft*

Dezember 2005

